

Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: E. M. Schiffer in Krefeld
Breitestraße 109. Telefon-Nr. 1296.
Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die
Redaktion in Krefeld einzuliefern.

Anzeigen kosten die 6spaltige Zeile 20 Pfg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.
Beilagen werden mit 5 Mk. das Tausend berechnet.

Der „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Samstag und
kostet vierteljährlich 75 Pfg.; durch die Post bezogen 90 Pfg.
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Aken in
Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Telefon-Nr. 1358.

5. Jahrgang.

Krefeld, Samstag, 7. November 1903.

(Auflage 20,000.)

Nr. 45.

Außerordentliche Verbandsauschuss-Sitzung.

Eine Reihe interner Angelegenheiten des Verbandes hatten in erster Linie die Ausschusssitzung notwendig gemacht, die am 1. und 2. November in Düsseldorf tagte, und zu welcher sich die Ausschussmitglieder vollständig eingefunden hatten. Als Vertreter des Ausschusses des Gesamtverbandes war dessen Vorsitzender Dr. H. K. K. erschienen.

Wir können verschiedener Umstände wegen nur einen gedrängten Bericht über die Verhandlungen bringen. Der Ausschuss erledigte zunächst eine Reihe Geschäftsordnungs- und innerer Verbandsangelegenheiten; diese Verhandlungen nahmen eine geraume Zeit in Anspruch. Der Posten des Gewerkschaftssekretärs wurde insofern besetzt, als ein geeigneter Verbandskollege für das Amt gewählt wurde; derselbe wird die Stellung im Mai nächsten Jahres antreten.

Bezüglich der persönlichen politischen Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten stellte sich der Ausschuss auf den Standpunkt, daß hier Freiheit walten müsse. Der betr. Beschluß des Ausschusses des Gesamtverbandes sei anzuerkennen, in dessen wird von den freigestellten Beamten unseres Verbandes erwartet, daß sie hierdurch ihre gewerkschaftlichen Pflichten nicht vernachlässigen. Ferner wurde mit sehr großer Majorität beschlossen, die Zentralkasse des Verbandes im Mai 1904 nach Düsseldorf zu verlegen. (Die Minderheit war auch für eine Aenderung, allein sie stimmte für eine andere Stadt.)

Bezüglich der Maßregelungsunterstützung beschloß der Ausschuss folgendes: Die Höchstdauer der Maßregelungsunterstützung wird auf 13 Wochen festgesetzt. Der Zentralvorstand kann jedoch für solche Mitglieder, welche durch besondere Tätigkeit für die Organisation gemäßregelt werden, die Unterstütsdauer verlängern. Gleichzeitig sind die Gemäßregelten unter Verlust der weiteren Unterstützung verpflichtet, etwa nachgewiesene Arbeitsgelegenheit zu akzeptieren. Ist mit dieser neuen Stellung ein Wohnungswechsel nach auswärts notwendig verbunden, so sollen die Umzugskosten bewilligt werden. Bei Beginn und Beendigung des Bezuges der Maßregelungsunterstützung sind die betr. Mitglieder der Ortsgruppenleitung zu bezeichnen. Die gemäßregelten Kollegen (Kolleginnen) müssen sich allen Anordnungen der in Betracht kommenden Vorstände, insbesondere auch der notwendigen Kontrolle seitens des Ortsgruppenvorstandes unterwerfen.

Ferner wurde der Zentralvorstand beauftragt, bezüglich der Maßregelungsunterstützung ein Reglement auszuarbeiten und dem Verbandsauschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ein Antrag, den Kopf unseres Organs einer Aenderung zu unterziehen, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. Der folgende Antrag fand jedoch — obgleich auch Bedenken laut wurden — Annahme:

„Dem Verbands neu beitretende Mitglieder können ohne Eintrittsgeld und unter Ausschaltung der Karenzzeit (bezgl. Streikunterstützung) aufgenommen werden, wenn dieselben nachweisen, daß sie bis zur Annahme Mitgliedschaft irgend einer anderen Gewerkschaft gewesen sind. Die Karenzzeit für das Anrecht auf Sterbegeld wird hiervon nicht berührt, ebenso behalten die Bezirksvorstände das endgültige Entscheidungsrecht bezgl. der Aufnahme.“

Dem Ausschuss lagen Entwürfe zu Geschäftsordnungen für die Bezirke und Ortsgruppen (diese sind im Statut vorgesehen) vor. Die vielen vorgesehenen Bestimmungen konnten wegen Zeitmangel nicht mehr zur Beratung gelangen und wurde einstimmig beschlossen, die Sache dem Zentralvorstand zur definitiven Regelung zu überweisen. Die Ausschussmitglieder können indessen, falls sie Änderungen der Entwürfe wünschen, ihre Vorschläge dem Zentralvorstand bis 1. Dez. cr. unterbreiten. Auch nehmen außer dem Zentralvorstand noch zwei Ausschussmitglieder an den betr. Beratungen teil.

Der letzte Gegenstand der Verhandlungen betraf die Frage der

katholischen Gewerkschaften.

Nach den Mitteilungen, die darüber von verschiedenen Seiten gemacht wurden, werden wir wohl nicht umhin können, die Sache demnächst wieder eingehender im „Christlichen Textilarbeiter“ zu behandeln. Die bekannten „Felixner Herren“, die für diese Bewegung Propaganda zu machen suchen, greifen zu Mitteln, die von den christlichen Gewerkschaften und ihren Führern nicht länger ignoriert werden können. So haben dieselben im Saarrevier und in Koblenz „soziale Kurse“ veranstaltet, und sie spezifizieren darauf, einen großen Teil der katholischen Geistlichkeit — im ganzen Reich — auf ihre Seite zu bekommen. Zu diesem Zwecke operieren sie auch unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit gewissen Schriften, worin die christlichen Gewerkschaften verächtlich werden. Jedenfalls sollen unsere Mitglieder über dieses Kesseltreiben genügend aufgeklärt und mit dem notwendigen Material dagegen versehen werden. Auch den Ausschuss des Gesamtverbandes wird diese Angelegenheit beschäftigen, der unabweislich erforderlichen Falls klar und scharf Stellung nehmen wird. Wir kommen auf die Frage noch näher zurück.

Deutscher Arbeiterkongress.

(Schluß.)

Das Referat über die Errichtung von Arbeitskammern

hatte Arbeiterssekretär Giesberts-M. Glabach. Derselbe führte aus:

In den Februarverlassen sei diese Institution schon angeündigt, sie sei leider aber nicht verwirklicht worden. Der Reichstag habe noch 1901 eine entsprechende Resolution angenommen. Der heutige Kongress solle klar zeigen, wie die Arbeiterschaft über die Frage denke. Ueber die Ausgestaltung sei man sich vielfach noch nicht einig. Der eine Teil wolle reine Arbeitskammern, der andere Teil Organisationen, worin Arbeiter und Arbeitgeber zusammen arbeiten. Er wäre für die letztere Art, da hierdurch eine einseitige Behandlung der Fragen vermieden werden könnte. Redner erörtert dann des näheren die Organisation der Arbeitskammern. Er unterscheidet eine lokale Organisation, Bezirksarbeitskammer und Reichsarbeitskammer. Letztere soll höchste Instanz sein. Alle Kammern sollen neutrale Vorstände haben. Für die einzelnen Industriezweige soll je eine Arbeitskammer gegründet werden. Für die Spezialfragen könnten die einzelnen Berufsstände Sektionen aus den direkten Berufszugehörigen bilden. Die Vertreter zu den Arbeitskammern müssen aus direkter und geheimer Wahl seitens der beteiligten Arbeiter und Arbeitgeber hervorgehen. Die Mitglieder der lokalen Arbeitskammer werden unmittelbar durch die Arbeiter und Arbeitgeber, diejenigen der Bezirksarbeitskammer durch die lokalen, diejenigen der Reichsarbeitskammer durch die Bezirkskammern gewählt. Die Aufgaben der Arbeitskammern sind: Die lokale Organisation muß gewissermaßen die Beobachtungsstation für die sozialen Zustände am Orte sein. Sie muß ihr Augenmerk richten auf die Durchführung der in der G.-D. enthaltenen Arbeiterschutz-Bestimmungen, Mängel feststellen, Anregung zur Beseitigung geben u. s. w. Besonders wichtig werde ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Statistik und der Richterstattung über soziale Zustände, sowie ihre Mitwirkung bei Beilegung resp. Verhütung von Streiks und Auspersungen sein. Die Bezirksarbeitskammern hätten dann von den lokalen Arbeitskammern beschaffte Material für ihren Bezirk zu verarbeiten und zusammenzustellen und an die Bezirks-, Staats- und Reichsbehörden zu weiter zu geben, die Reichsarbeitskammer die Oberleitung über die ganze Funktion der Arbeitskammern zu führen. Die große Bedeutung der Arbeitskammern liegt nach Ansicht des Redners darin, daß sie eine direkte Fühlung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber herstellen. Hierdurch könnten viele Mißverständnisse durch gegenseitige Aussprache gehoben und ein besseres Verhältnis angebahnt werden. Für die Arbeiter würden sie auch die Anerkennung der Gleichberechtigung auf wirtschaftlichem Gebiete bedeuten. Weiterhin biete diese Institution die nötige Garantie für den Ausbau der sozialen Gesetzgebung durch und mit den Arbeitern. Gerade dies fehle heute. Redner glaubt, daß es gelingen werde, die Arbeitskammern zustande zu bringen, wenn ohne Unterlaß die Förderung derselben erhoben werde. Die Masse der christlichen und national denkenden Arbeiterschaft müsse für dieses Ziel begeistert werden. Aufklärung tue not. Den politischen Parteien müsse das Gewissen geschärft werden. Die Befürchtung der Regierung, es würde auch diese Institution wieder von der Sozialdemokratie zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzt, dürfe nicht maßgebend sein. Sie enthalte aber für die christlich und national gesinnte Arbeiterschaft eine schwere und vollberechtigte Klage; denn: „Warum“ — so ruft Redner aus — „sind die Mandate in den verschiedenen sozialen Körperlichkeiten und Institutionen in Händen der Sozialdemokraten? Weil wir zu faul und gleichgültig gewesen sind. Wir müssen offen bekennen, daß wir unsere Zeit und unsere Interessen bisher nicht in der richtigen Weise vertreten haben. Die Arbeiterschaft trifft dafür allerdings nur der geringste Vorwurf, die Schuld trifft jene, welche nicht zeitig die Arbeiter aufgeklärt und belehrt haben. Wir müssen fortan mehr aus uns herausgehen; wir müssen, wo es gilt, unser Programm zu vertreten, einig zusammenhalten und mehr Standes- und Klassenbewußtsein entwickeln, damit man in der Welt etwas mehr Respekt und Achtung vor uns bekommt. Es kommt jetzt alles darauf an, daß wir etwas aus unserer Schlafmüdigkeit herausstreiten. Wir dürfen nicht warten, bis die Sachen an uns herantreten, sondern müssen die Initiative ergreifen und vorwärts drängen. Wir wenden uns gegen jenen patriarchalischen Standpunkt, der die Arbeiter überall bewundern will. Wir protestieren namens der selbstbewußten Arbeiterschaft gegen solche Unterdrückungsversuche. Die Arbeiterklasse ist eine dominierende Macht im wirtschaftlichen Leben geworden. Die sechs Millionen Arbeiter werden nachdrücklich und unerschütterlich die Gleichberechtigung und Anerkennung im wirtschaftlichen Leben fordern. Man mag sich diesem Strom entgegenstellen und wird vielleicht damit die sozialdemokratische Bewegung stärken, aber die Gleichberechtigung wird den Arbeitern doch zu teil werden. Wir wollen unsere Forderungen ruhig und maßvoll vertreten, damit wir den Regierungen nicht zu viel Schwierigkeiten gegenüber den Scharfmachern bereiten. Die Arbeit muß bei unserem Vorgehen auch eine Rolle spielen. Wir hoffen von einer Etappe zur anderen vorwärts zu kommen.“ Der Redner wandte sich weiter gegen die Behauptung, die Arbeiter seien noch nicht reif für

Arbeitskammern und betonte die Notwendigkeit der immer besseren Schulung der Arbeiterschaft. „Dem Spießbürgertum erklären wir den Krieg. Wenn in Deutschland die Arbeiterschaft nach der radikalen Richtung immer mehr hinneigt, so ist ein Grund dazu der, daß keine Gelegenheit besteht zur Aussprache zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Gewiß ist bei uns auf dem Gebiete der Versicherung ganz Gutes geleistet. Wir haben ein gutes Fundament, auf dem wir zielbewußt weiter bauen. Die Rechtsstellung der Arbeiter läßt bei uns noch sehr zu wünschen übrig. Wir müssen in Deutschland etwas mehr Licht und Luft für die freiheitliche Entwicklung der Arbeiterbewegung haben.“ Der Referent legt hierauf eine dahingehende Resolution vor.

Pilbeck (Mühlheim), evang. Arbeiterverein, spricht sich für paritätische Arbeitskammern aus. Den landwirtschaftlichen Arbeitern sollte eine Vertretung in den Landwirtschaftskammern zugestimmt werden.

Schiffer (Krefeld) spricht sich im Prinzip für Arbeitskammern aus. Aus Zweckmäßigkeitsgründen trete er aber für Arbeitskammern (paritätische) ein. Hauptwert lege er auf die statistischen Aufgaben derselben, sowie ihre Tätigkeit als Schlichtungsgericht in Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Hier könnten sie Berufsstellen sein.

Becker (Hagen) möchte die Arbeitskammern mehr als Vermittlungsinstanz in gewerblichen Streitigkeiten sehen. Durch deren Tätigkeit im allgemeinen würde die Regierung ein wahres Bild über die Verhältnisse im Arbeiterstand erhalten. Ihre Schaffung ist eine Forderung der Gerechtigkeit und dürfe nicht länger hinausgeschoben werden.

Frl. Behm (Berlin), Verband der Arbeiterinnen, wünscht Wahlberechtigung für die Arbeiterinnen.

Die Arbeiterinnen sind in der Lage, die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten. Im übrigen wäre er mit dem Referenten einverstanden.

Wieder (Duisburg) tritt grundsätzlich für Arbeitskammern (nicht paritätische) ein, will jedoch, wie Schiffer, aus Zweckmäßigkeitsgründen den Arbeitskammern zustimmen. Es müsse aber etwas Nichtiges geschaffen werden, damit die Arbeiterschaft in ihren Hoffnungen nicht getäuscht werde.

Lummel (Essen), evang. Arbeiterverein, stellt fest, daß die evang. Arbeitervereine erst kürzlich bezgl. der Schaffung von Arbeitskammern eine Petition an ihre Abgeordneten gerichtet hätten. Redner wünscht, daß die Gewerbebehörden als Einigungsämter bestehen bleiben. Bei den statistischen Erhebungen der Arbeitskammern soll die Heimindustrie besonders berücksichtigt werden. Redner befürwortet unter Hinweis auf den von Sozialdemokraten geübten Terrorismus für die Wahl der Vertreter in den Arbeitskammern das Verhältniswahlrecht.

Schaf (Hamburg) spricht sich für die Einrichtung von Handlungs-Gehilfenkammern aus. Die große Abhängigkeit der Handlungsgehilfen mache dies nötig.

Es sprechen noch im Sinne des Referenten die Herren Seiffert (Krefeld) vom deutschen Eisenbahnhändler- und Arbeiterverband, Teufel (Tutzingen) namens der evang. Arbeitervereine Württembergs, Gronowitsch (Dortmund), Behrens (Berlin), evang. Arbeiterverein, Schäfer (Mühlheim a. Rh.), kath. Arbeiterverein, Hertzen (Frankenthal) und Schenk (Mannheim).

Während der Diskussion macht der Vorsitzende bekannt, daß der anwesende Vertreter des Bundes der Landwirte dem Kongress seine Sympathie ausdrückt und sich mit den Bestrebungen derselben einverstanden erklärt. Diese Mitteilung erregt Heiterkeit. Mehrere Diskussionsredner glorifizieren die Sympathieumgebung, andere erklären, daß es erfreulich sei, daß auch diese Korporation sich für die Arbeiterbestrebungen interessiere. Man werde aber abwarten müssen, ob in Zukunft die Haltung des Bundes auch tatsächlich den Forderungen des Kongresses entspreche.

Nach der Mittagspause hielt Giesberts (M. Glabach) die Schlußrede. Er verbreitete sich über die Grenzen der in die Arbeitskammern einzubeziehenden Berufe. Solange die Handwerkskammern die Interessen der Gehilfen so schlecht verträte wie jetzt, müsse man daran denken, die Handwerksgehilfen in die Arbeitskammern einzubeziehen. Dagegen könne man die landwirtschaftlichen Arbeiter hier nicht brauchen, denn die Verhältnisse zwischen Industrie und Landwirtschaft seien zu verschieden. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse müßten besonders behandelt werden. Die Gärtner seien den gewerblichen Berufen zuzuzählen. Daß die Arbeitskammern der Weisheit Schluß seien, sage er keineswegs. Es handle sich um einen Sprung ins Dunkle, wie solche mit Glück schon verschiedentlich auf dem sozialen Gebiete gemacht worden seien. Herr Giesberts warnt davor, zu extreme Forderungen zu stellen. Die Sozialreform werde auf die Dauer zur Fruchtlosigkeit verurteilt, wenn die Klassengegenstände ins Extreme hinein hervorgehoben würden. Als christliche, national denkende Arbeiter werde man die Verhöhnung anstreben, unter Anerkennung allerdings der gegenseitigen Gleichberechtigung. Schließlich spricht der Redner die Hoffnung aus, daß der einstimmige Beschluß des Kongresses dazu führen möge, daß die angeregten Fragen von der Gesetzgebung bald in Angriff genommen werden möchten. Die Resolution Giesberts wird hierauf einstimmig angenommen, ebenso der Zusatzantrag, der die Proportionalwahl für die Arbeitskammern fordert.

(Wir haben den Wortlaut bereits in der vorigen Nummer des „Christlichen Textilarbeiter“ veröffentlicht.)

Gronowski (Dortmund) kam u. a. auf den Ausfall der letzten Gewerbegerichtswahlen in Trier als Beispiel dafür, wie wenig in gewissen konfessionellen Arbeitervereinen die politische Schulung gepflegt wird, zu sprechen. Die Scham müsse den christlichen Arbeitern antommen, daß in einer Stadt, die das Christentum sozusagen für sich in Erbpacht beanspruche, die Sozialdemokraten in dem Gewerbegericht dominieren. (Lebhafte Beifall.) Derselbe Redner stellte den Antrag, eine besondere Kommission zu beauftragen, persönlich beim Reichskanzler vorstellig zu werden und ihm die Beschlässe des Kongresses zu unterbreiten. (Lebhafte Beifall.)

Unter großem Beifalle gelangte dieser Antrag zur Annahme. Als Delegierte wurden gewählt die Herren Behrens (Berlin), Stegerwald (Köln), Schirmer (München), denen anheimgegeben wurde, sich durch Zuziehung der drei Referenten Schack (Hamburg), Schiffer (Krefeld) und Giesberts (M.-Gl.-Bad) zu kooperieren.

Dies ist nachträglich geschehen.

Es folgt der letzte Punkt der Tagesordnung:

Welche Nutzenanwendung ziehen wir aus dem Kongress?

Zu diesem Punkte erfolgt ebenfalls eine lebhafte Aussprache.

Behrens (Berlin): Der Kongress habe einen so schönen Verlauf genommen, daß wohl allerorts der Wunsch besteht, daß eine dauernde Verbindung zwischen den hier vertretenen Korporationen geschaffen werde. Es muß ein Ausschuss eingerichtet werden, der die Beschlässe des Kongresses zur Ausführung bringt. Die Verbindung soll jedoch eine lose sein und der Beschluß nur insofern bindend, als die einzelnen Korporationen zustimmen. Das Hauptgewicht müsse auf gegenseitige Anregung und Ermunterung zu sozialpolitischer Weiterarbeit gerichtet sein. Es hat sich gezeigt, daß wir so viel gemeinsam haben, daß eine dauernde Verbindung große Erfolge für die Sache der Arbeiter haben werde. Redner erörtert alsdann einen Sachentwurf, der dem Berliner Verein für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten nachgebildet ist. Es sei zu hoffen, daß auch im lokalen Rahmen eine Annäherung der verschiedenen Korporationen stattfinden möge.

Brust (Altenessen) warnt davor, den christlichen Gewerkschaften ein Obertribunal zu schaffen. Man solle sich damit begnügen, das jetzt bestehende Komitee zu sanktionieren. Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine haben jede ihre Aufgaben für sich. Beide müssen sich gegenseitig unterstützen. Wir werden diese Ausführungen Brust's, die zu Mißverständnissen Anlaß gegeben haben, in der nächsten Nr. im Wortlaut bringen.)

Molz (Trier) fordert den Kampf gegen die Sozialdemokratie bis aufs Messer, der als erster Punkt im Programm jeder Organisation stehen müsse. Unter großer Lärme der Versammlung spricht Redner alsdann für die katholischen Gewerkschaften.

Giesberts (M.-Gl.-Bad) berichtigt die Auffassung Brust's, als ob ein Obertribunal der Gewerkschaften gegründet werden solle. Es handle sich um eine förderative, mit weitesten Freiheiten eingesezte Bildung, die den Zweck habe, die hier geäußerten Gedanken zum Ausdruck zu bringen. Das jetzige Organisationskomitee solle gewissermaßen autorisiert werden, wie bisher weiter zu arbeiten. Er hoffe, daß eine Folge dieses Kongresses sei, daß sich die beteiligten Verbände fortan über die religiösen und politischen Gegensätze die Hand reichen und sich gegenseitig verstehen zu lernen suchen. Wir Arbeiter haben durch die ganze Kampferzeit untereinander insbesondere die Kulturkämpfer, den Schanden. Wir bekämpfen uns gegenseitig. Wir wollen das nicht, sondern wollen einen Platz haben, wo wir die spezifischen Arbeiterinteressen gemeinsam vertreten können. Auf den Kampfsatz des Herrn Molz erwidert Herr Giesberts: Wir sind grundsätzliche Gegner der Sozialdemokraten, aber mit den Sozialdemokraten sollen sich in erster Linie diejenigen herumschlagen, die sie geschaffen haben in Deutschland. (Lebhafte Beifall.) Ihr Beifall beweist mir, daß wir alle jählen: Wir sind immer Arbeiter und alle Arbeiter sind unsere Klassengenossen. Der Redner, dessen Redezeit um zehn Minuten verlängert wird, behandelt weiter die getrennten Arbeitsgebiete der konfessionellen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften.

Zumel-Effen (ev. Arbeiterverein) ersucht, die Bedeutung der konfessionellen Verbände nicht zu unterschätzen. Er bedauere auch den hier angelegenen scharfen Ton gegen die Unternehmer und den milden Ton gegen die Sozialdemokratie. Gottseidank gebe es auch noch einsichtige Unternehmer. Die Sozialdemokratie sei mit ihren drei Millionen Stimmen nun einmal da und unser größter Feind, da sie in Folge ihrer maßlosen Verhöhnung die Arbeiter abhalte, unserer maßvollen Agitation und Organisation zu folgen. (Beifall.)

Brust-Altenessen: Wenn die Emberrung dieses Kongresses Schwirrigkeiten verursacht hat, so lag es nicht an den Arbeitern, sondern an ganz andern Kreisen. Die Arbeitergruppen sind ja einig. Nennend ist die Gewerkschaftsbewegung, die ja auch für die wirtschaftlichen Kämpfe allein das Geld aufbringen muß. Wir wollen Fühlung mit den konfessionellen Vereinen haben, aber nicht zugeben, daß sie ernsten, ohne zu jagen. (Beifall.)

Vorsitzender Behrens: Es ist soeben die Antwort des Kaisers eingelaufen. (Bravo.) Das Telegramm ist nicht vom Reichskabinett, sondern von St. Petersburg selbst geschickt. (Stürmischer Bravo.)

Das bereits mitgeteilte Telegramm wird verlesen.

Es folgt stürmischer Beifall. Der Vorsitzende bringt ein Hoch auf den Kaiser aus, in das die Versammlung begeistert einstimmt.

Gronowski (Dortmund) betont als Mitglied des Eisenbahnverbandes, daß er und noch viele andere Eisenbahner in der Auffassung über die Gewerkschaftsfrage, wie sie Herr Molz vertrete, nicht einverstanden sei, vielmehr wünsche, daß die Eisenbahner sich dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften anschließen. Die Eisenbahner betrachten auch ihre Organisation nicht als Sturmbau gegen die Sozialdemokratie, verlangen vielmehr praktische Arbeit.

Kaemmerer (Stuttgart): Der sozialdemokratische Territorialismus hat die christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen. Wir müssen damit rechnen, daß die christlichen Arbeiter sich den letzteren anschließen und sollen die christlichen Gewerkschaften nach Kräften fördern. Die Gründung einer Kommission ist notwendig, um das gemeinsame Band enger zu schließen und die gesammelten Anregungen praktisch zu verwirklichen.

Stegerwald (Köln): Nach all den Mühen und Anstrengungen, welche die Vorbereitungssachen erfordern, wäre es bedauerlich und entnützlich, wenn kein weißliches Resultat herauskäme. Wenn eine größere gegenseitige Näherung zustande kommt, wird auch unser Einfluß wachsen im öffentlichen Leben, andererseits hat nur die Sozialdemokratie Augen davon. In Zukunft müssen wir auch darnach trachten, größere Geldmittel häufig zu machen, um die Verarbeiten zu erleichtern. Wir sollen nicht zornen, sondern einigen. Die Gründung eines Organisationskomitees ist notwendig.

Wiederberg (Berlin): Wir dürfen nicht glauben, daß morgen schon die gesagten Resolutionen in Erfüllung gehen, im Gegenteil, wir werden noch feste nachschreiben müssen. Es

kommt bei uns vor allem darauf an, wer am meisten praktische Arbeit leistet. Dem Arbeiter brauchen wir nicht zu sagen, in welcher Gewerkschaft er sich organisieren soll, er wird allein herausfinden, wo seine wirtschaftlichen Interessen am besten vertreten werden. Die Verhandlungen dieser Tage haben bewiesen, daß wir in manchen Punkten zusammenarbeiten können, und wenn dies geschieht, so wird dies auch in den uns trennenden Fragen eine Annäherung zur Folge haben.

Schirmer (München): Unsere Zeit erlaubt uns nicht, uns mit der Streikfrage über die Art der gewerkschaftlichen Organisation auseinanderzusetzen, wir haben besseres zu tun. Trotzdem ich keine bindende Antwort geben kann, trete ich doch für die Bildung eines Ausschusses ein.

Floos (Berlin) erklärt, er seinerseits halte es für richtig, daß die katholischen Arbeiter den katholischen Gewerkschaften beitreten. (Zuruf: Propaganda.) Auf die Zurufe eingehend, bemerkt der Redner, es scheine, daß man am Schlusse des Kongresses anfangs, den Frieden zu stören, den seine Freunde mit allen Kräften aufrecht zu erhalten sich bestrebt hätten.

Behrens (Berlin) weist die Auffassung als unberechtigt zurück.

Giesberts (M.-Gl.-Bad) legt hierauf folgenden Antrag zur Beschlußfassung vor:

Der Kongress beauftragt das jetzige Organisationskomitee als bleibende Institution bis zum nächsten Kongress der deutschen Arbeiter, der längstens innerhalb drei Jahren stattfinden soll, mit dem Auftrage, im Sinne der Beschlässe des Kongresses tätig zu sein und insbesondere neue Aufgaben zu dem Kongresse vorzubereiten. Dem Komitee, dem das Recht der Ergänzung seiner Mitglieder aus den auf christlicher und nationaler Grundlage stehenden Verbänden gegeben. Es wählt einen Vorstand von fünf Personen aus seiner Mitte. Das Komitee gibt sich eine Geschäftsordnung nach Maßgabe des vorliegenden Entwurfs.

Frl. Behm beantragt, daß auch die Arbeiterinnen das Recht haben sollen, in den Ausschuss Vertreter zu schicken.

Der Antrag Giesberts wird mit dem Zusatzantrage gegen eine Stimme angenommen.

Becker (Hagen) tritt in einer Erklärung dem möglichen Mißverständnis entgegen, als ob die gesamten katholischen Arbeitervereine sowie der Berliner Verband für ein beschränktes Koalitionsrecht seien. Die süddeutschen und westdeutschen katholischen Arbeitervereine (mit 130000 Mitgliedern) forderten vielmehr ein uneingeschränktes Koalitionsrecht.

In einem kurzen Schlussworte bringt der Vorsitzende Behrens (Berlin) zum Ausdruck, daß der Kongress die auf ihn gesetzten Hoffnungen voll und ganz erfüllt habe; die Prophezeiungen der Scharfmacher von oben und unten seien vollständig widerlegt worden. Kein akademischer Litterairenstreit habe stattgefunden, sondern es seien Arbeiter gewesen, die ihre Meinung unverblümt zum Ausdruck gebracht hätten. Wir wären schlechte Staatsbürger, wenn wir unsere Augen verschließen vor den Krebsgeschwüren im Staatswesen. Es ist nicht die höchste Pflicht der Staatsbürger, zu schweigen, sondern da in der rechten Form zu reden, wo es Zeit und notwendig ist. Viele Dinge sind nicht so, wie sie sein müssen, und da haben wir als Arbeiter die Pflicht, zu reden. Wir werden diese Pflicht auch in Zukunft mit demselben Nachdrucke wie bisher erfüllen.

Der Vorsitzende Behrens schließt hierauf den Kongress mit einem Hoch auf die nationale christliche Arbeiterbewegung. (Stürmischer Beifall.)

Freistimmen über den Frankfurter Arbeiterkongress.

Es war vorauszu sehen, daß unser Kongress der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen in der Öffentlichkeit eine entsprechende Aufmerksamkeit erfahren würde. Wer die zahlreichen Berichterstatter und die Vertreter verschiedener Pressbüros, die in Frankfurt anwesend waren, bei der Arbeit gesehen hat, fand diese Annahme bestätigt. Tatsache ist zwar, daß trotzdem die Berichterstattung zum großen Teil zu wünschen übrig ließ: einmal trat das unvermeidliche Nabel in den Vordergrund, daß eine wünschenswerte Objektivität fehlte, indem fast jeder Berichterstatter die Verhandlungen dem politischen Parteistandpunkte seines Blattes entsprechend zuschnitt und andererseits merkt man auch an den Berichten, daß einem Teil der Berichterstatter das erforderliche sozialpolitische Verständnis für die Verhandlungen fehlte. Hier wird das offizielle Protokoll, das in Broschürenform herausgegeben werden wird, nachhelfen müssen.

Die Betrachtungen, welche die Blätter nach Schluß des Kongresses demselben widmeten, sind ebenfalls auf die Parteilichkeit zurückzuführen. Das Hauptorgan der Konservativen, die „Kreuzzeitung“, behauptet, der agitatorische Ton, der in Frankfurt angeklungen wurde, unterscheide sich wenig von dem in sozialdemokratischen Versammlungen üblichen Ton, und die „bürgerliche Arbeiterpartei“ werde sich hinsichtlich ihrer Agitation nicht von der Sozialdemokratie unterscheiden. Da, den Leuten werden wir's wohl nie recht machen können, da sie gleich jeden Arbeiter, der seine Staatsbürgerrechte geltend macht, als „Sozialdemokraten“ auf den Scheiterhaufen legen möchten. — Auch die „Kölnische Zeitung“, der namentlich die christliche Gewerkschaftsbewegung ein Dorn im Auge ist, hat allerlei an dem Kongress, den „weitgehenden“ Resolutions und dem „Ton“ gegen die Unternehmer auszuweisen. Schließlich muß sie aber doch bekennen: „Jedenfalls stand der Kongress, was Sachlichkeit und rednerische Leistungen anbelangt, umhoch über ähnliche Versammlungen der Sozialdemokraten.“ Die übrige nationalliberale Presse bemüht sich nachzuweisen, daß die Partei die Forderungen des Kongresses bereits zum großen Teil vertreten habe.

Die freistimmige „Völkische Zeitung“ ist sehr mit dem Kongress zufrieden; sie schreibt u. a.:

„Nun müssen wir aber gestehen, daß der Verlauf der bisherigen Sitzungen keine der Erwartungen bestärkt hat, die zu einer ungünstigen Meinung über die Versammlung Anlaß geben konnten. Was wir gehört haben, war die Sprache von Arbeitern, die unbeeinträchtigt von irgend jemandem über Arbeiterinteressen verhandelt und sich über diese in ausbreiten, wie Arbeiter denken müssen. Nützliche Gesichtspunkte wurden überhaupt nicht hervorgekehrt. Politische Gesichtspunkte kamen nur insofern zum Ausdruck, als die Versammlung ihre vaterländische Stellung, ihre Treue gegen Kaiser und Reich verklärte und dem Kaiser einen Huldigungsgedicht sandte. Im übrigen aber wurde keiner politischen Partei zu Liebe oder Leide ein Wort gesprochen. Es wurde nur über solche Forderungen verhandelt, die der Arbeiterstand stellen muß, wenn die Welt nicht vor dem Gesicht, das gemeinliche Recht für alle, das grundsätzlich von niemandem bestritten wird, zurückweichen soll.“

Das läßt sich hören, denn es ist die Wahrheit. Ebenso gültig wird der Kongress von der „Kreuzzeitung“ beurteilt. Eine Verzeihung: Dieser Artikel schreibt:

„Wenn von christlichen, katholischen, evangelischen und ähnlichen Arbeitervereinen Gewerkschaften wie die Rede ist, so nimmt man namentlich auf sozialdemokratischer Seite gern eine geringfügige Miene an, als handele es sich nur um eine

wissen- und urteilslose Herde, die von Geistlichen oder Parteiführern im kirchlichen oder Parteinteresse nach Belieben geleitet werde und jeder selbständigen Meinung und Forderung bar sei. Die Verhandlungen in Frankfurt müssen doch jeden über diesen Irrtum aufgeklärt haben. Da war doch soviel Selbständigkeit und Selbstbewußtsein, wie es nur genügt werden kann. Das war eine wirkliche Arbeiterversammlung, geleitet von Arbeitern und durchdrungen von dem Arbeiterinteresse und Arbeiterbewußtsein. Von Drahtziehern und Leitfäden, die außerhalb der Arbeiterkraft stehen, war da nichts zu merken. Auch das „Akademikum“ machte sich da nicht breit, wie in der Sozialdemokratie. Allerdings war auch nichts von dem Geizt, dem Geschimpf, der Herrschsucht und dem Haß zu spüren, das z. B. auf dem letzten Dresdener sozialdemokratischen Parteitag so grell hervortrat. Der Kongress könnte den Genossen, die sich einbilden, die Blüte der Menschheit darzustellen, in mehr als einer Beziehung als Muster dienen.“

Selbstverständlich beschäftigte sich der Kongress mit dem, was den Arbeitern gegenwärtig am meisten am Herzen liegt, das ist die Koalitions-, Vereins- und Versammlungsfreiheit und die Organisation. Es hat sich wieder gezeigt, wie großes Gewicht auch die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft auf das Koalitionsrecht legt, und daß sie dies vorzüglich als Hebel zur Besserung ihrer Lage betrachtet. . . .

Es geht, wie der Kongress gezeigt hat, ein frischer und hoffnungsvoller Zug durch die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft. Wir können nur wünschen, daß man ihnen durch Bewilligung ihrer berechtigten Forderungen zu Hilfe kommt. Entschieden herrschte in Frankfurt auch die Ueberzeugung vor, daß die Arbeiter, ohne auf konfessionelle Vereinigungen zu verzichten, sich über die Konfession hinweg die Hand zu gemeinsamen Handeln reichen müßten, wenn sie nicht zur Ohnmacht verurteilt bleiben wollen. Dieser Ueberzeugung sind auch wir. Hoffentlich bringt bald überall die Erkenntnis durch, daß es nicht angeht, von den Arbeitern zu verlangen, daß sie bei Wahrung ihrer gemeinsamen Standesinteressen lediglich in konfessionellen Organisationen sich zusammenschließen.“

Die demokratische „Frankfurter Zeitung“ hat mit der Latenz gesucht, um etwaige zu Tage tretende Fehler zu finden und hat dieselben in einem Blütenstrauch zusammen gebunden. Der ist aber ziemlich mager ausgefallen, und das Blatt sagt selbst: „es waren wirklich nur Einzelheiten, der Gesamteindruck, den der Kongress auf den fortschrittlichen Sozialpolitiker machte, war ein günstiger. . . .“

Immerhin, trotz dieser Mängel, ist es gut, daß die christlichen Arbeiterorganisationen gemeinsam sich gerührt und kund getan haben, daß sie überhaupt etwas wollen und auch sie mit all ihrer guten Gemüthsung von der vielgerühmten Gleichberechtigung noch nichts bemerken konnten. Es ist wohl möglich, daß das auf die Regierung einigen Eindruck macht und etwas geschieht. Das Bemerkenswerteste war aber die Kynologie dieser Versammlung. Wer weiß, wie es in jenen Kreisen früher zuging, der kann große Fortschritte zur Emanzipation konstatieren. Man hörte hier Töne des Klassenbewußtseins, die man noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten hätte.“

Der „Vorwärts“, das sozialdemokratische Hauptorgan, ist mitend. Er redet vom „Kongress der gelben Gewerkschaften“, obgleich er wissen muß, daß sich ein solcher Vergleich selbst verurteilt.

Der „Vorwärts“ bringt es sogar fertig, die Frankfurter Tagung als eine „Komödie“ zu bezeichnen, in welcher die „gelehrten Schüler der Kaplanokratie“ die Tendenz befolgten, die Rabiaten zu spielen, „um die Tragödie des Zusammenbruchs nichtsozialdemokratischer Arbeiterpolitik aufzuhalten.“ Wenn Bebel's Wort gegenüber den Revisionisten Anspruch auf Richtigkeit hat, daß das Lob des politischen Gegners ein Beweis für das Verkehrtete der eigenen Politik bedeute, so darf der Frankfurter Kongress aus dem Tadel des „Vorwärts“ entnehmen, daß die Sozialdemokratie aus der Bildung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterpartei für sich ernste Besorgungen herleitet. Die Sozialdemokratie ist darauf angewiesen, diese Arbeiterpartei in den Augen des Gesamtarbeitersstandes sachlich und verächtlich zu machen, weil sie mit der Anerkennung der Tätigkeit der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisation sich des für sie bedeutungsvollsten Agitationsmittels begeben würde, daß sie die einzige Arbeiterpartei sei. Auf wie schwachen Füßen die Behauptung des „Vorwärts“ steht, daß es sich in Frankfurt um eine „Komödie“ gehandelt habe, ergibt sich aus dem Argument, welches er für diese Behauptung anführt: Die Kundgebung des Bundes der Landwirte.

Selbstredend äßt der gesamte sozialdemokratische Presswald dem „Vorwärts“ nach und hat nur Hohn und Spott für den Frankfurter Kongress. Der „Vergler“ über das Gelingen desselben kommt dabei aber doch deutlich zum Vorschein. Wie wenig berechtigt die Haltung der sozialdemokratischen Presse ist, geht aus einem Artikel der „Völkischen“ (sozialdemokratisches Organ in Frankfurt a. M.) hervor, worin es u. a. heißt:

„Dem Eindruck, den die Tagung auf den aufmerksamen Beobachter gemacht hat, seien die folgenden Zeilen gewidmet. Wir gehen dabei von der Anschauung aus, daß es durchaus verfehlt wäre, über eine derartige Veranstaltung von mehr oder weniger engherzigen Gesichtspunkten politischer Gegnerschaft sich leiten zu lassen. Man wird deshalb einen bestimmten Grad freimütiger Anerkennung und Veranschaulichung des Kongresses nicht versagen dürfen. . . . Um den Gesamteindruck vorweg zu nehmen, sei konstatiert, daß wir die Empfindung haben, als hätte sich dieses unwürdige Abhängigkeitsverhältnis (?) durch die Verhandlungen des Kongresses ziemlich erheblich gelockert. Auch wurde — und das ist zweifellos der gemeinsame Boden gefunden, auf dem eine Weiterarbeit sich ermöglichen läßt. Läßt man diese Bewegung von rechts oder links ungehindert zur innerlichen Ausreise kommen, so ist uns um das Ende derselben nicht bange — auf dem Boden der Sozialreform wird sich „nationale“ und „internationale“ Arbeiterbewegung (um diese vielgebrauchten Schlagworte anzunehmen) zusammenfinden Selbsthilfe und Sozialreform: das waren die Angelpunkte, um welches sich Alles drehte. Das Organisationskomitee hat als Zweck der Veranstaltung bekanntlich angegeben: Ausbau des Koalitionsrechtes, freie Reichs-Vereinsangehörigkeit, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Arbeiterfamilien. Das Alles sind Forderungen, die sich weder durch den Reiz der Neuheit, noch durch sonderlichen Rabiatismus auszeichnen. Allein wie dies überall geht, so wird auch hier der Appetit mit dem Essen kommen. . . . Und diese Worte fanden eine ganz eigenartige Beleuchtung in dem minutenlangen schallenden Hohngelächter, mit welchem einige verlebene Begriffsgrößen des anwesenden zweiten Vorsitzenden vom — Bunde der Landwirte begleitet wurden. Später wurde diese originelle Sympathiehandlung auch noch ausdrücklich als eine bezeichnet, die an die falsche Adresse geraten sei.“

Um uns kurz zu fassen: wir glauben, daß es ein schwerer Fehler der Parteipresse sein würde, der von verhängnisvoller Kürzsichtigkeit zeugte, wenn man diese „nationale“ Arbeiterbewegung von oben herab nur mit der Länge wohlfeiler Spottess überprüften oder billige Kritik an ihren Eigenheiten und Gebrechen mit jenem Hochmutsdünkel über wollte, den der geistig Ueberlegene, leider so oft zur Unzeit an Fernen

ausläßt, die er aus diesem oder jenem Grunde für minderwertig hält. Im Gegenteil scheint es uns hoch an der Zeit, daß die (sozialdemokratische) Parteipresse auch den Vorgängen in jenem Lager sich anders gegenüberstellt, als dies bisher vielerorts geschah. Die Leute, die in Frankfurt tagten, sind nur bedingungsweise unsere Gegner, nach ihrem eigenen Ausdruck „überlassen sie die Bekämpfung der Sozialdemokratie jenen, die diese großgezogen haben“. An dieses Wort sollten wir uns halten und unsere taktische Stellungnahme ihnen gegenüber danach einrichten!

Jedenfalls zeigen diese Auslassungen aus der Feder eines Sozialdemokraten, der den Verhandlungen in Frankfurt beigewohnt hat, daß das spöttische Urteil der „Genossen aus der Ferne“ eitel Humbug ist. Wir werden den betretenen Weg weiter gehen und für die deutsche Arbeiterschaft praktische Erfolge erringen — wir machen nicht nur leere Worte wie die Sozialdemokratie.

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Mhaus. Am Sonntag, den 19. Oktober fand im Vereinshaufe des Herrn W. Buchbaum eine öffentliche Versammlung statt, welche vom christlichen Schutz- und Arbeiterverband einberufen war. Diese war ziemlich gut besucht. Als Leiter derselben wurde Kollege F. Mütter, Vorsitzender der christlichen Textilarbeiter Ortsgruppe Mhaus, gewählt. Nach Eröffnung erteilte er dem Referenten, Herrn Knecher aus Düsseldorf, das Wort. Nebner hatte sich das Thema gewählt: „Die Schuhindustrie und ihre Beschäftigten“. Zunächst entwarf derselbe ein Bild über das Leben des Handwerkerstandes in früheren Jahren, wie Meister und Gesellen im Kreise der Familie des Meisters zusammen gelebt und gearbeitet haben. Dieses habe sich seit dem Entstehen der Fabriken zu Ungunsten der kleineren Meister und Gesellen gestaltet und habe die Massenproduktion den schwächeren Teil gezwungen, ihre Selbstständigkeit aufzugeben und für den stärkeren Teil zu arbeiten. Die Fabrikanten suchen vielfach hohen Gewinn zu erhalten, wobei die Arbeiter nicht berücksichtigt werden. Dieses sei nicht zu billigen, sondern auch der Arbeiter müsse an dem Fortschritt der Kultur seinen Anteil haben. Darum möchten sich alle den christlichen Gewerkschaften anschließen, um ihre Lage nach Möglichkeit besser zu stellen. Zu der nun folgenden Diskussion sprach Kollege Bäumer über die Verhandlung, die oft in eine Art Mißhandlung ausartete, bei der Firma J. Dues, welcher die Arbeiter von Seiten des Buchhalters (der auch zugleich Direktor oder Betriebsleiter und v. a. ist), Herrn Hundtold ausgesetzt sind. Besonders müsse dieser gutmütige Mann eine herbe Hand und einen kräftigen Fuß haben. Kollege Mütter forderte die Anwesenden auf, durch festen Zusammenhalt solchen Mißhandlungen entgegen zu treten und unterzog das Vorgehen einiger Arbeitkollegen einer scharfen Kritik. In seinem Schlusswort wies der Referent, Herr Knecher, auf die Mißstände hin, die hier Platz gegiffen hätten. Um diese abzuwehren, sei es aber notwendig, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. „Man für Mann, Alle für Einen und Einer für Alle“, muß unsere Parole sein.

NR. Auch an die Textilarbeiter von Mhaus ergeht dieser Mahnruf. Schüttelt die Trägheit und Gleichgültigkeit mal ab und schließt Euch unseren Reihen wieder an. Aller persönlicher Rant und alle Bosigkeiten müssen hier aus dem Spiel bleiben. Nichts steht hier den Arbeitern entgegen, um von ihrem Recht, sich zusammen zu schließen, Gebrauch zu machen, wohingegen an anderen Orten, z. B. in unserer Nachbarstadt Wronan, durch das Vorgehen der Fabrikanten den Arbeitern dieses staatsrechtlich garantierte Recht genommen wird, obsonen sie selbst ausgiebigsten Gebrauch hiervon machen. Wir müssen uns dieses Recht sichern und auch den Kollegen an anderen Orten beistehen. Auch hier könnte noch gar manches mit einem guten Willen anders sein, aber durch das ewige Amentieren und Schimpfen, was man alltäglich hört, wird Euch nicht geholfen. Wer nicht läßt, kann auch keine Ernte erwarten. In kurzer Zeit wird eine Versammlung stattfinden, worauf wir jetzt schon hinweisen Möge bis dahin jeder agitieren für guten und zahlreichen Besuch und laßt nicht alles auf den Vorstand antommen.

Wamberg. Unter all den Mißständen, die wir in der Textilindustrie zu beklagen haben, ist es besonders die ungeredete Behandlung des Arbeiters, die sehr viel dazu beiträgt, den letzteren zu verbittern und ihm Lust und Liebe zu Arbeit zu rauben. Dies um so mehr, als es gewöhnlich Leute sind, die sich etwas emporgearbeitet haben, und nun darauf ausgehen, ihren ehemaligen Kollegen das Leben zu verquälen. Diese „Herren“ bedenken nicht, daß sie dadurch die Arbeitsfreudigkeit des Arbeiters beeinträchtigen und so indirekt auch den Arbeitgeber schädigen. — Auch in einem hiesigen Betriebe haben, wie wir hören, die Arbeiter allen Grund, über das Verhalten einiger Vorgesetzten Klage zu führen. Neben Verhängung ungeredeter Strafen wird der Arbeiter bei etwaigen Reklamationen noch barock abgewiesen und zwar manchmal von solchen Herren, die eigentlich gar keine Berechtigung haben, dem Arbeiter Vorstellungen zu machen. Wir möchten an dieser Stelle hervorheben, daß dies nicht genügt, ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber herzustellen, oder zu befestigen, und letzteres liegt doch im Interesse beider Teile. Die Arbeiter aber seien darauf aufmerksam gemacht, daß sie ein gutes Mittel haben, solchen Vorkommnissen vorzubeugen, und das ist die Organisation.

Düren. Am Freitag, den 30. Okt. hielt unsere Ortsgruppe im Saale der Witwe Felten eine Generalversammlung ab. Der zweite Vorsitzende, Kollege W. Schmitz, eröffnete die Versammlung gegen 8 Uhr, dankte den Mitgliedern für ihr zahlreiches Erscheinen und begrüßte besonders den Präses des kath. Arbeitervereins Düren, Herrn Kaplan Könen. Nach Bekanntmachung der Tagesordnung erhielt zum ersten Punkt, Bericht über den Frankfurter Arbeiterkongress, der erste Vorsitzende, Kollege Heinrich Schönbrunner, das Wort. Derselbe sprach über die einzelnen Punkte, die auf der L.-D. des Kongresses standen, und verbreitete sich sodann in einem über eine Stunde dauernden Vortrage über die Hauptforderung, die in Frankfurt erhoben wurde, nämlich die Verleihung des vollen Koalitionsrechtes an die Arbeiter. § 152 der Gewerbeordnung spricht zwar die Koalitionsfreiheit im Prinzip aus, allein dieser Paragraph bezieht sich zunächst nur auf die gewerblichen Arbeiter, nicht auf die übrigen; sodann legen die Vereinsgesetze der einzelnen Bundesstaaten eine Menge Beschränkungen auf; außerdem folgt auf § 152 der § 153, der die Betätigung der im § 152 genannten Freiheit nach verschiedenen Richtungen unmöglich macht. Deshalb ist eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung des Koalitionsrechtes für alle Arbeiter, sowie des Vereins- und Versammlungsrechtes zu erstreben. Nebner ging dann auf die Stellung des Kongresses zur Sozialdemokratie über. Der Jubel und die Begeisterung, welche herrschten bei Verlesung des Telegrammes des Kaisers, zeigte, daß die Anwesenden wahrhaft patriotische Männer waren.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen des Referenten über den Kongress schloß sich die Diskussion an. Als erster nahm der Präses des kath. Arbeitervereins Düren, Herr Kaplan Könen, das Wort. Derselbe wies hin auf die Pandlungsmasse einiger sozialdemokratischer Zeitungen, und forderte die christlichen Arbeiter auf, Mann für Mann den christlichen Gewerkschaften beizutreten, die christlichen Gewerkschaftler lassen sich aber auch in die konfessionellen Arbeitervereine aufnehmen lassen, so daß sich beide ergänzen könnten in der Wahrnehmung ihrer beiderseitigen Interessen. Unter Punkt zwei, Verlesung des Berichtes des Kollegen J. J. (Tabakarbeiter) das Wort. Derselbe verbreitete sich über die Lage der Tabakindustrie, kennzeichnete besonders das Gebahren einer amerikanischen Trustgesellschaft der Firma Georg A. Zasmahl, Zigarettenfabrik Aktien-Gesellschaft in Dresden, und legte eine diesbezügliche Resolution vor, welche einstimmig angenommen wurde. Diefelbe hat folgenden Wortlaut: „Die heutige Versammlung der christlichen Textilarbeiter Dürens und Umgegend weiß das amerikanische Geschäftsgebahren der Firma Georg A. Zasmahl, Zigarettenfabrik Aktien-Gesellschaft in Dresden, entschieden zu verurteilen. Die Firma bezweckt die Monopolisierung des Tabakgewerbes zu Gunsten amerikanischer Dollarkönige zum Nachteil der deutschen Raucher, der Fabrikanten und der Arbeiterschaft. Sie hält es unter ihrer Würde, ihren Bedarf an Tabak, Zigarren und Zigaretten aus Geschäften zu

bedenken, welche die Frischwaren der Firma Georg A. Zasmahl, Dresden führen.“

• Es wurden noch einige Mitteilungen über die Kohlenlieferung vom ersten Vorstehenden gemacht. Hierauf schloß der Bericht.

Dülmern. Am Sonntag, den 25. Oktober hielt unsere Ortsgruppe eine Versammlung, zu welcher auch die Frauen und Weberinnen eingeladen waren. Diese waren auch zahlreich erschienen und stattete hierfür der Vorsitzende namens des Vorstandes den Erschienenen Dank ab. Dann machte der Kassierer, Kollege König, den Quartalsabschluss bekannt. Es wurde demselben einstimmig Decharge erteilt mit dem Wunsch, er möge noch lange Jahre den Posten als Kassierer ausfüllen. Kollege Th. Weverinke hielt nun einen schönen Vortrag über die Entstehung der christlichen Gewerkschaften, und daß auch wir Dülmener — die Arbeiterinnen nicht ausgenommen — alle Veranlassung hätten, uns dem christlichen Textilarbeiterverbande anzuschließen. Namentlich erhielt das Wort, Kollege Brockhaus aus Münster. In seinem Vortrage besprach derselbe besonders die Aufgabe des christlichen Textilarbeiterverbandes. Außer der Lohnfrage sei eine der Hauptfrage die Regelung der Arbeitszeit. Diese müsse so festgelegt sein, daß auch dem Arbeiter Zeit bleibe, sich seiner Familie zu widmen. Hieron könne heute vielfach keine Rede sein. Das ganze Familienleben und die Erziehung der Kinder leiden bei der langen Arbeitszeit. Bei dieser Regelung müßten aber die Arbeiter selbst mithelfen. Es müsse dieses geschehen durch Stärkung der Organisation. Darum Kollegen und Kolleginnen von Dülmern, Alle eingetreteten in den christlichen Textilarbeiterverband. Hoffentlich wird der Erfolg der Versammlung nicht ausbleiben.

NR. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß unsere regelmäßigen Versammlungen an jedem ersten Sonntag im Monat stattfinden. Mögen dann jedesmal alle Mitglieder anwesend sein.

Christliche Gewerkschaftskonferenz. Am 18. Oktober fand in Colmar eine Konferenz der Vorsitzenden der Ortsgruppen christlicher Gewerkschaften statt. Zweck derselben war, über Mittel und Wege zur Förderung der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Elsaß zu beraten. Es waren vertreten 17 Ortsgruppen und zwar: Textilarbeiter 3, Metallarbeiter 3, Holzarbeiter 3, Nichtgewerbliche 3. Nichtvertreten war infolge eines Zeitmangels eine Ortsgruppe der Maurer. Die Zahl der Ortsgruppen beläuft sich also im Ganzen auf 18. Nach einem kurzen Ueberblick über die Entstehung der christlichen Gewerkschaften im Elsaß behandelte Kollege Fischer aus Mülhausen das Thema: Wie können wir die christliche Gewerkschaftsbewegung fördern? Sein Referat in drei Teile zerlegend, behandelte er: 1) den inneren Ausbau der Ortsgruppen, 2) die Agitation am Orte und 3) die Agitation nach außenwärts. Nach einer eingehenden, interessanten Debatte wurde beschlossen, ein Agitationskomitee zu bilden, bestehend aus 5—10 Personen, sowie einen Agitationsfond zu gründen, um so die Agitation intensiver gestalten zu können. Des weiteren wurde dann noch behandelt das Thema: „Unser Stellung gegenüber den gegnerischen Organisationen.“ Grund hierzu gab das feindselige, wenig von brüderlicher Gesinnung zeugende Verhalten der „freien“ Gewerkschaften gegenüber den christlichen. Als letzter Punkt wurde noch kurz verhandelt die Berliner Richtung der kath. Gewerkschaften, deren Miniarbeit sich selbst bis ins Elsaß erstreckt, freilich ohne Erfolg. Es wurde gegen die Berliner Herren ganz entschieden Stellung genommen. Der ganze Verlauf der Konferenz war ein ausgezeichnete. Die lebhaft geführte Debatte bewies, daß die geistige Schulung der Ortsgruppenvorstände gute Fortschritte gemacht hat, und allseitig eine hohe Begeisterung für unsere Sache herrscht. Die erfolgte Aussprache um ihren zahlreichen neuen Anregungen wird gewiß dazu beitragen, die christliche Gewerkschaftsbewegung im Elsaß trotz aller Schwierigkeiten ein gut Stück vorwärts zu bringen.

W. Gladbach-Sermes-Dahl. Samstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr tagte im Lokale von W. G. Gottschalk die Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe. Der Vorsitzende, Kollege Köster, eröffnete und leitete dieselbe. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung erhielt zu Punkt Eins der Kassierer das Wort zum Bericht des dritten Quartals. Im Anschluß hieran erklärte der Revier, Kasse und Bücher in besserer Ordnung befunden zu haben. Zu Punkt zwei referierte Kollege Driehen in klarer und deutlicher Weise über die Tätigkeit und Notwendigkeit der Gewerbebehörde, und sei es für den christlichen Arbeiter Pflicht, am Tage der Wahl von seinem Rechte Gebrauch zu machen und nur solche zu wählen, die gewillt sind, die Rechte der Arbeiter zu vertreten. In der nunmehr folgenden Diskussion sprach Kollege Blasius Kaiser über die Entstehung der Gewerbebehörde und ihre Gestaltung, sowie über Rechtsprechung und Arbeitsformel. Die Versammlung folgte mit lebhafter Begeisterung beiden Rednern und wurde ihnen lebhafter Beifall zu teil. Nachdem der Vorsitzende nochmals im Namen aller gedankt hatte, ging man zu Punkt drei über: Unterrichtsaktus. Es meldeten sich 23 Kollegen, die bereit sind, denselben mitzumachen. Sodann wurde die Bibliothek den Mitgliedern zum besseren Gebrauch warm empfohlen. Hierauf schloß der Vorsitzende die schön, lehrreich und gutbesuchte Versammlung.

Gieseler. Am Samstag, den 24. Oktober hielt unsere Ortsgruppe im Vereinshaufe eine schwach besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls erhielt zum ersten Punkt unser Kassierer das Wort zum Bericht über das zweite und dritte Quartal. Laut Unterschrift der beiden Revisoren waren Kasse und Bücher richtig befunden, und wurde dem Kassierer Entschuldung erteilt. Zu Punkt zwei, Wahl eines Bibliothekars, wurde einstimmig Kollege Altgott gewählt. Ferner wurde beschlossen, jeden zweiten Sonntag im Monat, und zwar morgens Bücher auszugeben; auch war die Versammlung sich darin einig, daß ein Monat nach Empfang eines Buches dasselbe vorgezeigt oder umgewechselt werden müsse, im Unterfallungsfalle solle für jeden Monat eine Strafe von 10 Pfg. gezahlt werden. Es erhielt namentlich der Vorsitzende das Wort zu einem Vortrag über das Thema: „Ist es notwendig, sich zu organisieren und warum christlich?“ Nebner schilderte in klaren, deutlichen Worten die Notwendigkeit der Organisation und wies an der Hand von Tatsachen nach, daß es für einen christlichen Arbeiter unmöglich sei, sich den sogenannten „freien“ (sozialdemokratischen) Organisationen anzuschließen. Daß Nebner bestanden wurde, bewies der ihm gezollte Beifall. In der Diskussion dankte Kollege Hollender für die begeisterten Worte und führte den Kollegen einmal eine richtige Agitation in der Fabrik vor Augen. Unter „Verschiedenes“ wurde noch beschlossen, die nächste Versammlung Sonntags nachmittags abzuhalten, damit doch mal alle Mitglieder zur Stelle sein könnten.

NR. Kollegen, könnt Ihr sehen, daß einige aus Eurer Mitte sich abmühen, um die Organisation in die Höhe zu bringen und Euch stets gediegene Vorträge zu halten, und Ihr glänzt dann durch Abwesenheit? Das dürft Ihr nicht von Euch sagen lassen, deshalb wachens alle zur Stelle!

Güterloh. Unsere Mitgliederversammlung vom 28. Okt. war leider schlecht besucht. Der zweite Vorsitzende, Kollege Hermann Kuhnströth, eröffnete um 1/9 Uhr die Versammlung. Es erfolgte der Bericht über den Stand der Ortsgruppe, welcher ein weiteres Anwachsen derselben nicht erkennen ließ, und die Rechnungsablage für das verlassene Quartal. Die beiden Revisoren erklärten, Kasse und Bücher in Ordnung gefunden zu haben, und wurde dem Kassierer Entschuldung erteilt. Sodann kam Punkt zwei der Tagesordnung: Wahl eines ersten Schriftführers und zweier Vertrauensmänner. Als erster Schriftführer wurde der bisherige zweite Schriftführer gewählt. Als Vertrauensmänner die Kollegen Anton Hellweg und W. H. Meise. Unter Verlesung des teils der Vorsitzende der Versammlung zunächst mit, daß wir beabsichtigen, für Wiesfeld und Umgegend ein Lokalartell zu gründen. Es wurden dann zu diesem Zweck die Statuten des christlichen Gewerkschaftsartells verlesen. Nach einer Besprechung derselben gingen wir zur Wahl der drei

Delegierten über. Es wurden gewählt: W. H. Meibermann, A. Krümpelmann und Herr. Kuhnströth, welche alle drei die Wahl annahmen. Sodann erhielt Kollege Krümpelmann das Schlusswort. In einem zündenden Appell forderte er die anwesenden Mitglieder auf, fest und treu zusammen zu stehen, er erinnerte gleichzeitig an den ersten deutschen Arbeitertag in Frankfurt a. M., wo 620000 Arbeiter von 200 Delegierten vertreten waren. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften schloß er seine schwingvolle Rede. Sodann wurde noch in Anregung gebracht, einen Unterrichtsaktus zu gründen, welches auch gleich geschehen konnte, da sich zu demselben sofort 11 Kollegen meldeten, und wurde beschlossen, jeden Sonntagabend von 9—10 Uhr zusammen zu kommen. Hierauf wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen.

Holt. Am Sonntag, den 25. Oktober, hielt die hiesige Ortsgruppe ihre monatliche Versammlung ab. Nachdem dieselbe durch den Vorsitzenden eröffnet war, erhielt Kollege Würgel das Wort zu seinem Vortrage betreffend Arbeitslosenunterstützung. Er führte unter anderem an, daß durch die Ueberproduktion Arbeitsmangel eintreten müsse, dadurch gäbe es auch Arbeitslose, die dann, da sie in keiner Weise gesichert seien, schon bald darben müßten. Nebner meinte sodann noch, ob es nicht angebracht wäre, in der hiesigen Ortsgruppe eine Arbeitslosenunterstützung einzurichten. Nach einer lebhaften Diskussion wurde der Beschluß gefaßt, eine Arbeitslosenunterstützung, der ein jeder christliche Gewerkschaftler freiwillig beitreten kann, einzurichten und zwar vom 1. Januar 1904 an. Der wöchentliche Beitrag beträgt 10 Pfg., die Unterstützung 6 Mk. auf die Dauer von vorläufig 6 Wochen, die Wartezeit beträgt 6 Monate. Abdann fand der Antrag zwecks Abhaltung einer öffentlichen Versammlung allseitig Zustimmung; dieselbe findet in aller nächster Zeit statt.

NR. Kollegen von Langerfeld, wann hört Eure Interesselosigkeit auf? Denn so schlecht, wie die Versammlungsbesuche in letzter Zeit waren, sind sie noch nicht gewesen. Mögen die Kollegen, die noch keine Versammlung besucht haben, oder doch selten sich auch mal blicken lassen, sowie auch diejenigen, die in diesem Jahre noch den Nutzen des Verbandes erfahren haben, seit der Zeit aber nicht in der Versammlung gewesen sind, sich doch mal blicken lassen. Drum Kollegen, in der nächsten Versammlung am 27. Nov. Alle Mann an Bord!

Höfen. Unsere Versammlung vom 25. Okt., welche gut besucht war, wurde kurz nach 5 Uhr durch den Ortsgruppenvorsitzenden eröffnet. Nach Erstattung des Revisionsberichtes durch den Kassierer wurde demselben auf Antrag der Revisoren Entschuldung erteilt. Zu Revisoren wurden alsdann die Kollegen R. Hopp und R. Schaubert gewählt. Sodann wurde unseres treuen verstorbenen Verbandskollegen Peter Jakobts gedacht, dessen Andenken die Versammlung durch Erheben von den Sigen ehrete. Zwei Mitglieder wurden infolge Nichtbezahlers der Beiträge vom Verbandsausgeschlossen, vier neue wurden angemeldet. Zum Hauptpunkte der Tagesordnung: „Anwaltschafts- und Altersversicherung“ erhielt Kollege Koch aus Wachen das Wort. Nachdem derselbe die verschiedenen Punkte: Wer ist versicherungspflichtig? Wann man sich freiwillig versichern? Wer hat Anspruch auf Rente erlangt? Nennen derselben, ihre Entziehung, Zusammenstellung, Beitragsleistung, Wartezeit, Zurückhaltung der Beiträge, Anwartschaft usw. des namentlichen dargelegt hatte, schloß derselbe seine sachlichen Ausführungen, welche von verschiedenen Anwesenden in einigen Punkten ergänzt wurden. Sodann erhielt Herr W. Müller aus Höfen das Wort. Derselbe sprach sich in anerkennenswerter Weise über den Verlauf der Versammlung aus, wies die Anwesenden auf den Wert der Arbeitersitzung hin und empfahl durch fleißiges Studium derselben, sich in den Stand zu setzen, ihre Bedeutung kennen zu lernen, alsdann würden dieselben um so gegenbringender wirken. Auch versprach derselbe, in Zukunft unsere Versammlungen nach Möglichkeit besuchen zu wollen, dem die Anwesenden begeistert zugestimmten. Sodann wurde ganz besonders auf die am 15. Nov. in Montjoie stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher Zentralvorsitzender Schiffer aus Krefeld erscheinen werde. Hierauf wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

Mieteln. Vollständig hatten sich unsere Mitglieder in der Versammlung am 29. Oktober eingefunden. Zweck derselben war: „Gelegenheitliche Aussprache über die Verhältnisse bei der Firma W. Schroeder u. Co. hier, und was gebeten wird zu tun?“ Nach einer kurzen Einleitung durch den Ortsgruppenführer konnte der anwesende Bezirksvorsitzende zunächst die erfreuliche Mitteilung machen, daß von dieser Fabrik außer vier, alle Kollegen und Kolleginnen unserem Verbandsangehörigen. Einige Jugendliche können noch nicht eintreten, weil sie noch zu jung sind. Dieses Resultat wurde freudig begrüßt. Wäre es doch überall so bestellt. Sodann wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen besprochen. Es wurde bitter empfunden, daß wir hier von der Firma bedeutend anders gestellt sind, wie in den Fabriken in Wetz und Hülz, obsonen auch für die Arbeiter in diesen Fabriken Gründe genug zu Klagen sind. Man kam zu dem Entschlusse, gemeinsam mit den Kollegen in Wetz und Hülz für Änderungen einzutreten und stellte es dem Zentralvorstande anheim, die weiteren Entscheidungen zu treffen. Wir haben hier noch keinen Lohnarif, erstündige Arbeitszeit und keinen Zuschlag. In diesen Punkten muß eine Regelung eintreten. Auch wurde mitgeteilt, daß der Leiter der hiesigen Fabrik vor einiger Zeit an einen Arbeiter das Ansuchen gestellt habe, er möge aus dem Verbands austreten. Da er einer der tüchtigsten älteren Arbeiter sei, würden dann auch wohl die übrigen austreten. Selbstredend ist dies nicht geschehen. Man sieht aber, daß der Verband beachtet wird. Wir wollen hoffen, daß auch die Beachtung so weit geht, daß man den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenkommt. Nur dann ist es möglich, wirklich zufriedene Arbeiter zu haben. Wenn nicht, dann muß die Verbandsleitung hieraus die nötigen Konsequenzen ziehen, denn derselbe muß seine Mitglieder schützen. Unsere Mitglieder hier stehen geschlossen zusammen und haben einstimmig beschlossen, mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln für ihre Wünsche einzutreten.

Mülhausen i. E. Unsere Versammlung vom 21. Okt., welche im Versammlungslokal des Rathhauses stattfand, war ziemlich gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege G. Well, begrüßte mit Freuden das Entgegenkommen unseres berechtigten Herrn Bürgermeisters, der uns in wohlwollender Weise obigen Saal unentgeltlich zur Verfügung stellte. Ferner forderte er die Mitglieder auf, namentlich in Zukunft recht zahlreich die Versammlung zu besuchen, damit wieder neues Leben in unserer Ortsgruppe eintreten möge. — Nach Verlesung des Protokolls erbatte Kollege Karl Weis den Revisionsbericht vom dritten Quartal. Die anwesenden Revisoren erklärten Kasse und Bücher in Ordnung gefunden zu haben, worauf dem Kassierer Entschuldung erteilt wurde. — Namentlich ergriff Kollege G. Well das Wort zu einem Vortrag über das Unfallversicherungs-gesetz. Eingehend das Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 mit seinen Schäden und Mängeln schildernd, kam er auf die Verbesserung des Unfallversicherungs-gesetzes vom 6. Juli 1889 zu sprechen, erläuterte auch die Novelle zum Unfallversicherungs-gesetz, welche 1900 in Kraft trat und einen erfreulichen Fortschritt auf dem Gebiete der Sozialreform mit sich brachte, und gab zum Schluß noch einige praktische Rats, die jeder Arbeiter bezüglich des Unfallversicherungs-gesetzes wissen soll. — Nach erledigter Diskussion berichtete Kollege G. Well über die Vorhändel-Konferenz, die am 18. Okt. in Colmar stattfand. — Weiter wurde bekannt gegeben, daß die Mitgliedsbücher wieder zur Kontrolle eingeschoben werden und deshalb in Ordnung zu bringen sind. — Boni Kollegen Schneider wurde hierauf der Antrag gestellt, in Zukunft nur noch sieben statt 10 Pfg. an das Kartell zu entrichten. Der Antrag wurde jedoch mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt. Nachdem noch auf die gemeinschaftliche Versammlung zur Besprechung des Weihnachtsgesetzes aufmerksam gemacht worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

NR. Die Kollegen werden gebeten, in Zukunft pfllichtgetreu in den Versammlungen zu erscheinen, um so mehr, als jetzt kein Druckzwang mehr herrscht.

Nordhorn. Unsere Versammlung vom 20. Okt. war ziemlich gut besucht. Wir erwarteten aber, daß alle Kollegen erschienen, da dieses nicht der Fall war, so wird in der nächsten Versammlung die Mitgliederliste verlesen werden. Es wurde erstens verhandelt über den gemeinsamen Fleischkauf und dahin beschlossen, daß wir einen Ausschuss von vier Mitgliedern

